

1933–1945

Z Analog zur Erziehung des Knaben kann der völkische Staat auch die Erziehung des Mädchens von den gleichen Gesichtspunkten aus leiten. Auch dort ist das Hauptgewicht auf die körperliche Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte. Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.“

Hitler in „Mein Kampf“

BILDUNGSWESEN

Mädchenschulbildung
„Lieber zehn Pfund Wissen weniger und zehn Kalorien an Charakter mehr!“ fordert der NS-Lehrerbundsführer Schlemm und liegt damit voll im Trend der Zeit. Der Bildungsauftrag an den Schulen lautet für die Mädchen Vorbereitung auf ihre Rolle als Mutter im Dienste der Volksgemeinschaft. Dazu führt man 1934 fast überall die getrenntgeschlechtliche Erziehung wieder ein. Naturwissenschaftliche Fächer werden für Mädchen nur noch mit geringer Stundenzahl unterrichtet, dafür räumt man dem Sport die meisten Wochenstunden ein. 1937 kommt es zur Einführung einer Hauswirtschaftsprüfung als Zulassungsbedingung zur Oberstufe. 1938 wird das höhere Schulwesen neu geordnet: Mädchen dürfen in der allgemeinbildenden Phase kein Latein lernen, dafür erhalten sie vermehrt Handarbeits- und Musikunterricht. In der Oberstufe dürfen sie nicht den mathematischen Zweig wählen, sondern nur den sprachlichen oder hauswirtschaftlichen. Ein Abschlusß in Letzterem berechtigt nicht zum Studium. Im Zuge der Förderung des Frauenstudiums läßt man von Januar 1939 an Abiturientinnen des hauswirtschaftlichen Zweigs nach zusätzlichen Prüfungen zum Studium zu, 1941 fallen die Zusatzprüfungen weg. Von 1940 an dürfen Mädchen an Jungenschulen „als vorübergehende Maßnahme“ wieder Latein lernen.



Wahlplakat 1932

UNIVERSITÄT HEIDELBERG



Wahlplakat 1932

Von 1933 an Die Verfolgung von Jüdinnen an der Universität Heidelberg
Die Verfolgung von Juden und Jüdinnen findet an der Universität Heidelberg, wo diese vergleichsweise stark repräsentiert sind, große Unterstützung. Zahlreiche Denunziationen und Anschuldigungen gegen jüdische Studentinnen gehen im Rektorat der Universität ein und werden von dort an die Polizei weitergeleitet. Bei Studentinnen vermeintlich jüdischer Herkunft werden Hausdurchsuchungen und Gestapoverhöre veranlaßt. Die Universität weist – bemüht um die exakte Einhaltung und sogar Unterschreitung der Quoten für die zulassungsbeschränkten jüdischen Studierenden – jüdische Studentinnen, die ihr Studium in Heidelberg fortführen wollen, zurück.



Die Frau in der NS-Ideologie
Die nationalsozialistische Ideologie legt großes Gewicht auf die unterschiedlichen Bestimmungen von Frau und Mann. Als höchste Aufgabe der Frau gilt die Mutterschaft. Dementsprechend soll sie ihre Funktion für die Volksgemeinschaft allein in der Erfüllung häuslicher Pflichten finden. Die Bedeutung dieses Lebensziels der Hausfrau und Mutter umschreibt Hitler 1934 folgendermaßen: „Was der Mann einsetzt als Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein und Nichtsein unseres Volkes“.

Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben
Der NS-Ideologie zufolge werden nur wenige Berufe, hauptsächlich im sozialen Bereich, als dem „Wesen der Frau“ angemessen empfunden. Dies führt dazu, daß von 1933 an verschiedenste

Gesetze zur Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben verabschiedet werden. So werden beispielsweise im Schulwesen Frauen der Leitungsposten entbunden und von höheren Schulen an Volksschulen versetzt. Es werden kaum mehr Stellen an Assistenzärztinnen vergeben, und von 1936 an dürfen Frauen keine juristischen Berufe mehr ergreifen. Jedoch wird der Widerspruch zwischen nationalsozialistischer Theorie und Praxis beziehungsweise die Aufgabe jeder Ideologie zugunsten der Erfordernisse der Praxis nirgends deutlicher als in Bezug auf die weibliche Berufstätigkeit. Die beschriebene Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben dient nicht zuletzt der Schaffung von Arbeitsplätzen für Männer. Als sich allerdings ein wachsender Arbeitskräftemangel abzeichnet, werden die entsprechenden Gesetze revidiert und Frauenarbeit gefördert.

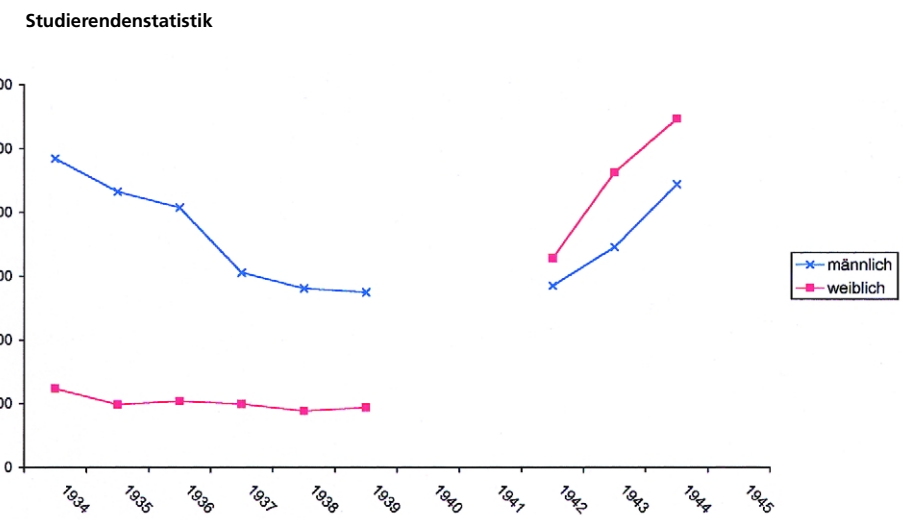
27. Februar 1933 Das Ehestandsdarlehen
„Beurlaubung“ Gertrud Bäumer von ihrem Amt im Reichsinnenministerium.



Werner Schulz: „Mutter und Kind“ (1932) stuft die Nationalsozialisten als „parasitische Kunst“ ein, während das Bild von Alfred Klotz (1942) ihrer Ideologie entspricht.

Z „Das „Schönheitsideal“ der jüngsten Vergangenheit, welches das schmalhüftige und enghüftige Püppchen auf den Thron hob, ist im Wanken. Man beginnt wieder aufzuschauen zu kraftvollen, blühenden Frauengestalten voll gesunder Natürlichkeit, zu dem deutschen Frauentypus, der in stolzer leiblicher und seelischer Schönheit eine heilige Fruchtbarkeit und den Lebenswillen des deutschen Volkes verkörpert.“

NS-Autor Franz Kade



Sophie Berlinghof, geborene Kuhn
Sophie Berlinghof kommt 1910 als eines von sieben Kindern des Ehepaares Kuhn in Handschuhshaus zur Welt. Nach acht Jahren Volksschule besucht sie auf dringendes Anraten ihrer Lehrer die höhere Schule, um 1931 ihr Abitur zu machen. Sie entschließt sich zum Studium der Zahnmedizin – die Studienzeit von nur sieben Semestern scheint finanzierbar. Doch 1933, nach fünf Semestern, ändert sich Sophie Berlinghofs Situation: Aufgrund ihrer kommunistischen Aktivitäten wird sie zunächst drei Wochen in Schutzhaft genommen und kurze Zeit später von der Universität Heidelberg relegiert. Letzter Grund ist ihre Unterschrift auf einem Papier zur Unterstützung der Sozialistischen Liste des ASL. Sophie Berlinghof darf ihr Studium an keiner deutschen Hochschule fortsetzen. Auch Hausdurchsuchungen erfolgen regelmäßig.

Von 1933 an Ideologische Schulung
Weltanschauliche Schulungen, Pflichtkurse zu frauenspezifischen Themen und, im Sinne der militärischen „Mobilmachung“ des Volkes, kriegsvorbereitende Kurse gehören zum Alltag der Studentinnen im Dritten Reich. Diese Zusatzverpflichtungen stellen starke Belastungen dar. Ihnen wird so viel Bedeutung beigemessen, daß nicht erzielte Leistungen bei Schießübungen angeblich sogar zur Exmatrikulation führen können – über die Anwendung dieses Prinzips ist allerdings nichts bekannt.

25. April 1933 Die Vertreibung jüdischer Studentinnen
Das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ schreibt Höchstquoten für jüdische Studierende von maximal 5 Prozent der Gesamtstudentenschaft und 1,5 Prozent der Neumatrikulationen an den jeweiligen Fakultäten fest. Von Juni 1933 an können diese Quoten von den Universitäten selbst noch vermindert werden. Zahlreiche weitere Bestimmungen machen das Studium für „Nichtarierinnen“ zunehmend unmöglich. Da die Jüdinnen unter den Studentinnen immer stark repräsentiert waren, wirkt sich die antisemitische Hochschulpolitik auch auf die Frauenquote aus.

Trotz der Gefahr unterstützt sie zusammen mit Ehemann Hans, den sie 1935 heiratet, den kommunistischen Widerstand und sammelt Geld für die Familien von inhaftierten Genossen. Als sie 1943 kriegsdienstverpflichtet wird, weigert sie sich in der Rüstungsindustrie zu arbeiten und kommt in einen pharmazeutischen Betrieb unter, wo sie sogar als Laborantin arbeiten kann. Nach dem Krieg nimmt sie ihr Studium nicht mehr auf, sondern widmet sich der Arbeit im Stadtrat, wo sie von 1947 bis 1956 für die KPD Mitglied ist. Auch führt sie nach dem Tod ihres Mannes, 1955, bis 1983 zusammen mit ihrer Schwester ein Obst- und Gemüsegeschäft. Noch heute lebt Sophie Berlinghof in Handschuhshaus und engagiert sich in verschiedenen Gremien, so auch im Verein Verfolgter des Naziregimes.

28. Dezember 1933 Beschränkung des Hochschulzugangs
Durch die Trennung von Abitur und Hochschulreife und die Beschränkung auf nur 15.000 Abiturienten soll der Hochschulzugang gedrosselt werden. Die weiblichen Studierendwilligen sind von dieser Maßnahme besonders betroffen: Der Anteil der Abiturientinnen an der Zuerkennung der Hochschulreife dürfe „in keinem Land 10 v. H. der zugewiesenen Zahl überschreiten“. Dies hat zur Folge, daß nur 17,8 Prozent der 10.843 Abiturientinnen des Jahrganges 1934 die Erlaubnis bekommen, ein Studium aufzunehmen. Auch wenn diese Zulassungsbeschränkungen schon im Februar 1935 wieder aufgehoben werden, sind sie symptomatisch für die ablehnende, restriktive Politik und Propaganda der Nationalsozialisten gegenüber dem Frauenstudium. Die sinkenden Studentinnenzahlen in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft sind jedoch auch in der schlechten Wirtschaftslage, die das Frauenstudium häufig als Luxus erscheinen läßt, begründet.



Studentinnen im Hof der Neuen Universität (1936).

1933
Marie Baum und Clara Hamburger werden aus russischen Gründen aus ihren Positionen an der Universität Heidelberg entlassen. Die Kündigung Gerta von Ubischs folgt zwei Jahre später.

1933 „Ihr Studentinnen meidet Schminke und überflüssigen Tand“
Die staatlich verordnete Neuorganisation der Heidelberger Studentenschaft nach dem Führerprinzip ist begleitet von militärischen Aufrufen in der Zeitschrift „Der Heidelberger Student“. Einer, der sich direkt an die Studentinnen richtet, ist der in der Überschrift zitierte. Ein anderer fordert „Schulung von Körper und Geist, Sinn für das Praktische und für eine gemeinnützige Kameradschaft“, denn: „Der männliche Staat hat kein Interesse an Frauenabnormalitäten“.

für den Erwerb von Hausrat über durchschnittlich 500 bis 600 Mark. Im Gegenzug verpflichtet sich die Ehefrau, ihre Berufstätigkeit mindestens bis zur Rückzahlung des Darlehens aufzugeben. Anstelle einer materiellen Tilgung kann der Betrag auch „abgekündet“ werden, das heißt er reduziert sich mit jedem geborenen Kind. Von 1936 an, als sich der Mangel an Arbeitskräften abzeichnet, wird in Ausnahmefällen die Berufstätigkeit von Ehefrauen erlaubt, 1937 folgt die gänzliche Aufhebung der Bindung des Ehestandsdarlehens an die Erwerbslosigkeit der Ehefrau. Statt dessen wird das Ehestandsdarlehen zunehmend zum Instrument der Überprüfung auf „Eignung zur Ehe“, aus der „eugenisch und rassistisch wertvoller Nachwuchs“ zu erwarten sein muß.

Mai/Juli 1933 Nationalsozialistische Sorge um den Nachwuchs
Am 26. Mai 1933 verfügt eine Gesetzesänderung der §§ 218–220 den erschwerten Zugang zu Verhütungsmitteln und die Haftstrafe für Hilfe bei Abtreibungen. Im Wiederholungsfall ist die Todesstrafe vorgesehen. Am 14. Juli 1933 folgt das „Gesetz zur Verhinderung erkrankten Nachwuchses“, das die Zwangssterilisation und Abtreibung aus rassenpolitischen Gründen festlegt.

Z „Die Hochschule gehört nicht den Männern, sondern dem ganzen Volke. Zum Volk gehören die Frauen selbstverständlich genau so wie die Männer. [...] Die Konstruktion von der geistig minderwertigen Frau ist eine ausgesprochen jüdische und antigermanische. [...] Wir wissen aus der Geschichte und Frühgeschichte unseres Volkes zur Genüge von Seherinnen und Kämpferinnen, von waffentragenden Frauen, die mit derselben Selbstverständlichkeit im Krieg mitgefochten haben, wie es noch in der neuesten Zeit die Frauen der gesunden Balkanvölker getan haben.“

Dr. Johannes von Leers, Reichschulungsleiter des NSDGB, in: Der Heidelberger Student, Nr. 7, 27. Februar 1934.

1933–1945 Die Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen (ANSt) nach der Machtergreifung
Nach den Märzwahlen 1933 steigt die Zahl der ANSt-Mitglieder abrupt auf circa 13 Prozent der Studentinnen an. Dies führt im Sommer 1934 dazu, daß man eine „Säuberungsaktion“ für angebracht hält: Mitglieder, die scheinbar nur in die ANSt eingetreten sind, um Vorteile zu erlangen, werden ausgeschlossen. Im Folgenden ist die ANSt damit beschäftigt, am Pflichtprogramm zur Schulung der Studentinnen mitzuarbeiten sowie weitere nationalsozialistische Veranstaltungen anzubieten. Dazu besetzen die ANSt-Führerinnen vom Sommer 1933 an auch das Hauptamt für Studentinnen in den lokalen Studenteneinführungen. Stets ist man in der ANSt jedoch bemüht, die belächelte Randposition zu verteidigen, die sich erst verbessert, als das Frauenstudium nicht mehr in Frage gestellt wird. Auch die Mitgliederzahlen steigen von 1937 an auf circa zwei Drittel der Studentinnen, allerdings weniger wegen gesteigerter Attraktivität des ANSt, als durch die automatische Eingliederung von BDA-Mitgliedern und die mit der Immatrikulation vollzogene, faktische Zwangserfassung der Erstsemester.

9. November 1933 Ämter der Studentinnenschaft
Auf einer Studentinnenversammlung werden, der Zeitschrift „Heidelberger Student“ zufolge, zur Erziehung und Heranbildung nationalsozialistischer Studentinnen verschiedene Ämter eingerichtet: Das Amt für Schulung soll dabei der ANSt angegliedert sein. Es hat „die höchste Aufgabe [...], die jungen Semester zu schulen“, während das Amt für Arbeitsdienst sowie der Durchführung des weiblichen Arbeitsdienst geschaffen wird. Es soll prüfen, ob die sich bewerbende Studentin „sich tatkräftig und wertvoll betätigen kann und ob sie der Ehre, an Deutschlands Aufbau mitzuarbeiten, würdig ist“. Das Amt für Sport hat die Pflicht-Sportstunden für Erst- bis Viertsemester und die Pflichtwanderungen zu gewährleisten, das Amt für Freundendienst die Sanitäts-, Luftschutz- und Nachrichtendienstkurse. Das Amt für Gemeinschaftspflege veranstaltet freiwillige Heimatkundabende. Das Amt für Grenz- und Auslandsfragen soll „die ausländischen Studentinnen über die verbreiteten Greueltaten aufklären“, das Amt für Wirtschaftsfragen vergibt Stipendien. Das Verbände-Amt überwacht alle studentischen Organisationen außerhalb der ANSt. Das Amt für Wohlfahrtspflege schließlich befaßt sich mit der Winterhilfe.

Oktober 1933 Gleichschaltung der Frauenbewegung
Nach dem Verbot aller Frauenverbände, die nicht der NSDAP nahestehen, erfolgt die Gleichschaltung der regimerefreundlichen Verbände im neugegründeten „Deutschen Frauenwerk“ (DFW). Der Bund deutscher Frauenvereine beschloß zuvor seine Selbstauflösung. DFW und NS-Frauenchaft, die personell eng miteinander verbunden sind, zählen schon kurz nach der Machtübernahme fast vier Millionen Mitglieder. Trotz steigender Mitgliederzahlen sinkt beziehungsweise die Anzahl der Verbände von 31 (1933) auf 22 (1934) und 13 (1939). Zusammen sind die Organisationen für die weltanschauliche Schulung der Frauen im Reich zuständig, politischen Einfluß haben sie nicht. Hitler formuliert 1934 in einer Rede vor der NS-Frauenchaft: „Das Wort Frauen-Emanzipation ist ein nur vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort. [...] Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren, sie hat genau das besessen, was die Natur ihr zwangsläufig als Gut zur Verwaltung und Bewahrung gegeben hat“.

